

# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



ARMUTSBEKÄMPFUNG

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

4 | Mai 2010

<b>Armutsbekämpfung</b>	
Armutsgefährdung in Österreich nimmt zu	4
Europäisches Jahr 2010	8
Armut ist kein Naturereignis	11
Aktivierende Maßnahmen aus Sicht der Betroffenen	15
Geld und Macht in der Sozialarbeit	21
Mindestsicherung soll Armut gegensteuern	24
<b>Spektrum</b>	
Eurozone braucht Frühwarnsystem	26
Komplexe Abhängigkeiten machen psychisch krank	27
<b>Buchtipps</b>	30
<b>Veranstaltungen</b>	31

## Liebe Leserin, lieber Leser!

*Das Jahr 2010 wurde von der EU zum Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgerufen – nicht ohne Grund: 78 Millionen EuropäerInnen leben unter der Armutsgrenze, allein in Österreich sind über eine Million Menschen armutsgefährdet, rund die Hälfte davon bzw. sechs Prozent der Bevölkerung leben in manifester Armut. Das höchste Armutsrisiko tragen MigrantInnen, AlleinerzieherInnen, alleinlebende PensionistInnen sowie Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern. Armut ist dabei keinesfalls als bloßes "Randgruppenphänomen" abzutun, denn über ein Viertel der Bevölkerung (27%) befand sich zumindest einmal in den letzten statistisch erfassten vier Jahren unter der Armutgefährdungsschwelle (vgl. Beitrag S. 4).*

*Das Europäische Jahr stellt in erster Linie darauf ab, die Bewusstseinsbildung hinsichtlich einer kollektiven Verantwortung voranzutreiben und Armut sichtbar zu machen. Im Rahmen einer groß angelegten Informations- und Sensibilisierungskampagne sollen die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in diese Richtung verstärkt sowie eine Reihe von Umfragen und Studien initiiert und publiziert werden (vgl. Beitrag S. 8). Das ist sicherlich richtig und wichtig, allerdings darf man es dabei nicht belassen. Denn "Armut ist kein Naturereignis, das es mit jeder frischen Statistik neu zu bestaunen gilt", wie die Armutskonferenz anmerkt. Sie sieht eine Reihe von Möglichkeiten, der Armut gegenzusteuern. Plädiert wird insbesondere für Investitionen in soziale Dienstleistungen, von der Kinderbetreuung über Qualifizierung am Arbeitsmarkt bis hin zu Pflegehilfen. Dies würde sowohl die soziale Situa-*

*tion der Betroffenen verbessern als auch zusätzliche Jobs schaffen (vgl. Beitrag S. 11).*

*Nicht vergessen sollte man auch, dass letztlich die Verhältnisse in der Arbeitswelt zu einem Gutteil über die Zuweisung sozialer Positionen entscheiden. Bedenklich stimmt hier insbesondere der relativ hohe Anteil an so genannten "Working Poor": Acht Prozent der EuropäerInnen leben trotz Erwerbstätigkeit in Armut. Fragen der Arbeitsbewertung und der Mindestlohnstandards sollten dem ÖGB zufolge insofern stärker in den Vordergrund rücken. Völlig prekär wird die Lage, wenn diese Personen dann noch ihren Arbeitsplatz verlieren – wenn man weiß, dass etwa in Österreich das Arbeitslosengeld (exklusive Familienzuschläge) nur 55 Prozent des letzten Nettoeinkommens beträgt. Die Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher unter anderem eine Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 75 Prozent sowie eine Inflationsanpassung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe (die es derzeit nicht gibt).*

*Die von Kranewitter und Leibetseder durchgeführte Befragung von TeilnehmerInnen an Aktivierungsmaßnahmen im Rahmen der Sozialhilfe (Beitrag S. 15) ergab, dass diese mit den Maßnahmen zwar im Großen und Ganzen zufrieden sind, was ihnen fehlt, ist allerdings eine Anschlussperspektive. Sie befinden sich in einem prekären Status, nicht völlig außerhalb, aber doch am Rande der Gesellschaft. Diesen Menschen die Möglichkeit zu geben, am Arbeits- wie am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilnehmen zu können, sollte man als Ziel nicht aus den Augen verlieren, meint*

Ihre  
Kontraste-Redaktion

### Regionalkonferenz gegen ARMUT Oberösterreich

Im Rahmen des Europäischen Jahres 2010 zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung organisiert das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz gemeinsam mit regionalen und lokalen AkteurInnen drei große regionale, bundeslandübergreifende Vernetzungstreffen. Die zweite Regionalkonferenz gegen ARMUT wird gemeinsam mit dem Sozialressort des Landes OÖ veranstaltet. Auf dem Programm stehen u.a. eine Lesereise der Straßenzeitung "Kupfermuckn" sowie ein Runder Tisch zum Thema "Der Armut ein Gesicht geben". Zudem werden Beispiele zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung vorgestellt und diskutiert.

Termin und Ort: 18. Juni 2010, BFI-BBRZ, Konferenzzentrum K1, Grillparzerstraße 50  
Anmeldung: <http://regionalkonferenz-gegen-armut-linz.zsi.at>

## Armutsgefährdung in Österreich nimmt zu

**Rund eine Million ÖsterreicherInnen ist laut EU-Daten armutsgefährdet, dauerhaft armutsgefährdet sind rund fünf Prozent der Bevölkerung - Tendenz steigend. Wird jetzt nicht die soziale Sicherheit gestärkt, führen die Auswirkungen der Wirtschaftskrise viele Menschen direkt in die Armut, warnt die Arbeiterkammer.**

Als armutsgefährdet gelten Personen mit niedrigem Haushaltseinkommen. Die seitens der EU definierte Armutsgefährdungsschwelle liegt bei 60 Prozent des Medians des äquivalisierten Jahreseinkommens (=bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen). Die aktuelle Armutsgefährdungsschwelle für Alleinlebende betrug in Österreich für das Jahr 2008 mithin 951 Euro pro Monat. Für jeden weiteren Erwachsenen im Haushalt erhöht sich diese um 475 Euro, für jedes Kind um 285 Euro. Das geht aus den aktuellen Ergebnissen zu Einkommen, Armut und Lebensbedingungen in Österreich auf Grundlage von EU-SILC (Statistics on Income and Living Conditions) 2008 hervor, die Ende Dezember von der Statistik Austria veröffentlicht wurden.

Insgesamt waren 2008 12,4 Prozent der Bevölkerung bzw. rund 1.018.000 Menschen armutsgefährdet. Davon lebten rund 492.000 Menschen (bzw. 6% der Bevölkerung) in manifester Armut. Dauerhaft armutsgefährdet waren im Zeitraum 2004 bis 2007 fünf Prozent der Personen in Österreich.

**Tabelle 1: Armutsgefährdungsschwelle 60% des Medians für unterschiedliche Haushaltstypen**

Haushaltstyp	Gewichtungsfaktor nach EU-Skala	Jahreswert (in EUR)	Monatswert (in EUR)
		2008	
Einpersonenhaushalt	1	11.406	951
1 Erwachsener + 1 Kind	1,3	14.828	1.236
2 Erwachsene	1,5	17.109	1.426
2 Erwachsene + 1 Kind	1,8	20.531	1.711
2 Erwachsene + 2 Kinder	2,1	23.953	1.996
2 Erwachsene + 3 Kinder	2,4	27.374	2.281

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Monatswert entspricht 1/12 des Jahreswertes; Kind = unter 14 Jahre.

### Höchstes Armutsrisiko für Personen aus dem Nicht-EU-Ausland

Mit 95 Prozent Vertrauenswahrscheinlichkeit liegt die Zahl der Armutsgefährdeten zwischen 940.000 und 1,1 Millionen. Das äquivalisierte Jahreseinkommen armutsgefährdeter Haushalte liegt im Mittel um 146 Euro unter der Armutsgefährdungsschwelle, die Armutsgefährdungslücke beträgt somit 15,3 Prozent.

Im Jahr 2008 wird das höchste Armutsrisiko in EU-SILC für Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (30%) ausgewiesen. Auch bei bereits Eingebürgerten aus Drittstaaten bleibt die Armutsgefährdungsquote mit 21 Prozent deutlich über dem Bevölkerungsschnitt. Ebenfalls stark armutsgefährdet sind Personen in Ein-Eltern-Haushalten (29%).

### Sechs Prozent in manifester Armut

Rund die Hälfte der Personen, die armutsgefährdet sind, ist 2008 gleichzeitig mit finanzieller Deprivation konfrontiert und wird als "manifest arm" bezeichnet: Sie können es sich nicht leisten, bei Bedarf etwa neue Kleidung zu kaufen, die Wohnung ausreichend warm zu halten oder eine dringende medizinische Behandlung wahrzunehmen, sind mit Zahlungen im Rückstand oder können keine unerwarteten Ausgaben bestreiten. In Haushalten, in denen es nur eine Verdienerin oder einen Verdienere gibt, führt niedriges Einkommen wesentlich öfter zu manifester Armut als in Mehrpersonenhaushalten.

Jede fünfte Person in einem Ein-Eltern-Haushalt kann als manifest arm bezeichnet werden (20%), überdurchschnittlich oft betroffen sind auch alleinlebende Pensionistinnen (13%). Aber auch alleinlebende Frauen ohne Pensionsbezug (11%) und alleinlebende Männer (10% mit Pension bzw. 9% ohne Pension)

sind besonders häufig von manifester Armut betroffen. Betrachtet nach der Zusammensetzung von manifest Armen, sind die größte Gruppe Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern. 10 Prozent dieses Haushaltstyps, das entspricht rund 73.000 Erwachsenen und Kindern, sind manifest arm.

**Tabelle 2: Armutsgefährdung nach soziodemographischen Merkmalen**

Soziodemographische Merkmale	Gesamt (=100%) in 1.000	Armutsgefährdung			Lücke in %
		in 1.000	An- teil	Quote	
			in %		
<b>Insgesamt</b>	<b>8.242</b>	<b>1.018</b>	<b>100</b>	<b>12</b>	<b>15</b>
<b>Männer</b>	<b>4.023</b>	<b>451</b>	<b>100</b>	<b>11</b>	<b>16</b>
Bis 19 Jahre	924	131	29	14	13
20 bis 39 Jahre	1.087	103	23	9	22
40 bis 64 Jahre	1.436	150	33	10	18
65 Jahre +	576	68	15	12	14
<b>Frauen</b>	<b>4.218</b>	<b>568</b>	<b>100</b>	<b>13</b>	<b>15</b>
Bis 19 Jahre	892	139	25	16	18
20 bis 39 Jahre	1.066	131	23	12	18
40 bis 64 Jahre	1.461	159	28	11	14
65 Jahre +	799	139	24	17	14
<b>Staatsbürgerschaft</b>					
Österreich	7.367	791	78	11	15
darunter eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	263	56	6	21	14
Nicht Österreich	874	228	22	26	21
davon EU/EFTA	270	45	4	17	14
davon sonstiges Ausland	604	182	18	30	23
<b>Höchster Bildungsabschluss <sup>1)</sup></b>					
Max. Pflichtschule	1.657	373	46	22	15
Lehre/mittlere Schule	3.308	301	37	9	14
Matura	1.228	101	12	8	18
Universität	679	38	5	6	18
<b>Haushalt mit Pension <sup>2)</sup></b>	<b>1.640</b>	<b>258</b>	<b>100</b>	<b>16</b>	<b>14</b>
Alleinlebend männlich	128	20	8	16	15
Alleinlebend weiblich	415	99	38	24	14
Mehrpersonenhaushalt	1.096	139	54	13	13
<b>Haushalt ohne Pension <sup>3)</sup></b>	<b>6.602</b>	<b>760</b>	<b>100</b>	<b>12</b>	<b>18</b>
Alleinlebend männlich	412	68	28	16	27
Alleinlebend weiblich	305	61	25	20	20
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	1.957	113	47	6	15
<b>Haushalt mit Kindern (ohne Pension)</b>	<b>3.927</b>	<b>519</b>	<b>100</b>	<b>13</b>	<b>17</b>
Ein-Eltern-Haushalt	320	92	18	29	16
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	1.351	120	23	9	13
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	1.502	156	30	10	19
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	754	151	29	20	16

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. 1) Bildung: nur Personen ab 16 Jahre. 2) mindestens 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. - 3) weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. Kind = Kinder, Jugendliche und abhängige junge Erwachsene unter 27 Jahren im Haushalt der Eltern.

**Dauerhafte Armutsgefährdung betrifft fünf Prozent**

Seit dem Jahr 2004 erfolgt die Erhebung EU-SILC mit einem integrierten Längsschnittdesign, drei Viertel der Haushalte werden im jeweils nächsten Jahr wieder befragt. Somit ist es möglich, die soziale Lage der Haushalte über vier Jahre zu verfolgen. Erstmals können im Bericht zu EU-SILC 2008 Längsschnittauswertungen für die Jahre 2004 bis 2007 präsentiert wer-

den. Mehr als ein Viertel der Bevölkerung (27%) befand sich zumindest einmal in den vier Jahren unter der Armutsgefährdungsschwelle. Fünf Prozent der Personen, die während der ersten vier Jahre an der Erhebung EU-SILC teilnahmen, sind als dauerhaft armutsgefährdet zu bezeichnen. Das heißt, ihr äquivalisiertes Jahreseinkommen lag sowohl im Jahr 2007 als auch in mindestens zwei der vorangegangenen drei Jahre unter der Armutsgefährdungsschwelle.

**Tabelle 3: Merkmale finanzieller Deprivation**

	Gesamt		Nicht armutsgefährdet		Armutsgefährdet	
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
<b>Finanziell depriviert (mit mind. 2 Benachteiligungen)<sup>1)</sup></b>	<b>1.641</b>	<b>20</b>	<b>1.150</b>	<b>16</b>	<b>492</b>	<b>48</b>
<b>Haushalt kann sich nicht leisten...</b>						
unerwartete Ausgaben zu tätigen	2.430	29	1.793	25	637	63
Freunde zum Essen einzuladen	1.188	14	819	11	369	36
jeden 2. Tag Fleisch, Fisch oder eine vegetarische Speise	1.106	13	788	11	318	31
neue Kleider zu kaufen	820	10	538	7	282	28
Zahlungen rechtzeitig zu begleichen	559	7	402	6	158	15
die Wohnung angemessen warm zu halten	333	4	204	3	129	13
notwendigen Arztbesuch	233	3	182	3	51	5

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. 1) Können sich 2 der angeführten Merkmale nicht leisten.

**Einkommenssituation von Betroffenen – konkrete Fallbeispiele**

Um einen besseren Einblick in die Lebenssituation armutsgefährdeter Haushalte zu bekommen, hat die Arbeiterkammer OÖ eine Umfrage unter oberösterreichischer ArbeitnehmerInnen- und PensionistInnenhaushalten durchgeführt und sie zu ihrer Einkommens- und Ausgabensituation befragt. Die nachfolgend angeführten Beispiele stützen sich auf diese Ergebnisse.

**Beispiel 1: Alleinerziehende Frau mit zwei kleinen Kindern**

Sie muss mit 890 Euro (Beihilfen und Unterhalt) und sonstiger (freiwilliger) Unterstützung durch ihren Vater auskommen. Allein für Wohnen (Miete, Betriebskosten, Heizungs- und Stromkosten) würden ca. zwei Drittel des verfügbaren Einkommens draufgehen, weshalb die Unterstützung durch die Familie unbedingt notwendig ist. Eine Erwerbstätigkeit ist im konkreten Fall mit den Betreuungspflichten nur schwer vereinbar. Bessere Kinderbetreuungsangebote würden hier Chancen eröffnen.

**Beispiel 2: Alleinstehende Invaliditätspensionistin**

Eine alleinstehende Invaliditätspensionistin muss ihre Ausgaben mit der Mindestpension von 855,20 Euro (2009, 12 Mal pro Jahr, exklusive Krankenversicherungs-Beitrag) bestreiten. 14 Prozent ihres Einkommens muss sie für Steuern aufwenden, berechnet aus den notwendigen Ausgaben für Wohnen, Energie, Lebensmittel usw.

In der gesamten Pensionsversicherung wurde im Dezember 2008 in 243.246 Fällen eine Ausgleichszulage gewährt. Mehr als zwei Drittel für Frauen. Der bereinigte Ausgleichszulagen-Richtsatz 2009 für Alleinstehende von 855,20 Euro monatlich (s.o.) liegt noch immer etwas unter der Armutsgefährdungsschwelle. Aber auch die Durchschnittspension bei Frauen liegt häufig unter dem kritischen Schwellenwert. Diese betrug im Jahr 2008 bei Alterspensionen 842 Euro (Männer: 1.419 Euro) und bei Pensionen aufgrund geminderter Arbeitsfähigkeit 631 Euro (Männer 1.113 Euro).

**Beispiel 3: Verheirateter Pensionist mit Einfamilienhaus, vorher Alleinverdienender**

Die monatliche Pension reicht nicht, um die laufenden Ausgaben bestreiten zu können. In den Monaten ohne 13./14. Pension muss das Bankkonto überzogen werden. Beide Personen zusammen müssen mit einer Mindestpension von 1.282,20 Euro monatlich (2009, 12 Mal jährlich, exklusive Krankenversicherungs-Beitrag) auskommen. Zwei Drittel der Ausgaben gehen für Wohnen, Energie sowie Nahrungsmittel und Getränke auf. Da ein eigenes Einfamilienhaus bewohnt wird, fallen keine Ausgaben für Miete an. Andererseits sind die Ausgaben für Energie relativ hoch. Reparaturen am Haus können nicht bezahlt werden. Dies ist kein Einzelfall: 660.000 PensionistenInnen, das sind 57 Prozent, haben eine Alterspension von weniger als 1.000 Euro. Vorschlag der AK: Ein Steuerbonus („Negativsteuer“) auch für PensionistenInnen würde diesen Menschen helfen.

**Beispiel 4: Arbeitsloser Alleinverdiener, Frau kareziert, zwei Kinder**

Ein Mann, der 1.410 Euro netto verdient hat, verliert seinen Arbeitsplatz und bekommt nun nur noch ca. 920 Euro Arbeitslosengeld (12 Mal jährlich, inklusive Familienzuschläge). Das sind nur noch 65 Prozent des vorherigen Einkommens - ohne Berücksichtigung dessen, dass das Urlaubs- und Weihnachtsgeld auch verloren geht. Die Familie kommt kaum noch über die Runden. Findet der Mann nicht bald einen Job und stehen größere Anschaffungen an, müsste sie sich verschulden.

**AK fordert Verbesserungen bei Arbeitslosengeld und Notstandshilfe**

Aufgrund der niedrigen Nettoersatzrate von 55 Prozent des Nettoeinkommens (exklusive Familienzuschläge) ist es für viele arbeitslose Menschen nicht mehr möglich, über ein existenzsicherndes Einkommen zu verfügen. Die Folge ist, dass vor allem Langzeitarbeitslose ein sehr hohes Risiko haben, arm zu werden. Das durchschnittliche Arbeitslosengeld lag in Oberösterreich im Jahr 2008 bei monatlich 753 Euro. Die Notstandshilfe betrug monatlich 579 Euro. Diese

Leistungen liegen somit unter der Armutsschwelle und ermöglichen häufig keine existenzielle Sicherung. Bei der Notstandshilfe ist zu bedenken, dass diese Leistung im Anschluss an das Arbeitslosengeld bezahlt wird und nur noch 92 bzw. 95 Prozent des Arbeitslosengeldes beträgt. Bei Lebensgemeinschaften wird dabei das Partnereinkommen angerechnet. Vor allem Frauen, die jahrzehntelang Beiträge eingezahlt haben, erhalten deswegen oft kein Geld. Außerdem werden weder Arbeitslosengeld noch Notstandshilfe an die Inflation angepasst.

Die AK OÖ fordert daher die Abschaffung der Partner-einkommensanrechnung bei der Notstandshilfe, eine Erhöhung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld auf 75 Prozent, eine Inflationsanpassung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe sowie die Streichung der kurzen Bezugsdauer von 20 Wochen beim Arbeitslosengeld. Weiters fordert die Arbeiterkammer eine weitere steuerliche Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen durch eine Absenkung des Einkommenssteuersatzes auf 25 Prozent sowie die Einführung einer Negativsteuer auch für PensionistInnen. Darüber hinaus tritt sie für eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis im Bereich der sozialen Siche-

**Definitionen**

*Verfügbares Haushaltseinkommen: Einkommen aus Erwerbsarbeit, Pensionen, Sozialtransfers, Transferleistungen zwischen Haushalten (z.B. Unterhaltszahlungen) und Kapitaleinkommen abzüglich Steuern und sonstiger Abgaben. Die Nettobeträge aller Personen im Haushalt werden über das ganze Jahr summiert.*

*Äquivalisiertes Jahreseinkommen (bedarfsge-wichtetes Pro-Kopf-Einkommen): Dieses gilt als Maßzahl für den Lebensstandard eines Haushaltes und wird nach der EU-Skala berechnet. Das insgesamt verfügbare Haushaltseinkommen wird dabei durch die Summe der Äquivalenzgewichte im Haushalt dividiert. Jede erwachsene Person wird mit dem Wert 0,5 und Kinder unter 14 Jahren mit 0,3 gewichtet. Zusätzlich wird ein Wert von 0,5 für den Grundbedarf jedes Haushalts hinzugezählt.*

*Armutgefährdung: Alle Personen, deren jährliches Äquivalenzeinkommen (gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen) unterhalb eines festgelegten*

*Schwellenwertes (60% des Medians = Armutsgefährdungsschwelle) liegt, gelten nach europäischer Definition als armutsgefährdet.*

*Armutgefährdungslücke: Maß für die Intensität der Armutgefährdung, definiert als durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutgefährdeten von der Armutgefährdungsschwelle in Prozent dieser Schwelle.*

*Manifeste Armut: Alle armutsgefährdeten Personen, die zusätzlich finanziell depriviert sind, das heißt, die bei der Befragung angeben, sich zwei oder mehr der in Tabelle 3 (S. 6) angeführten Dinge nicht leisten zu können.*

*Dauerhafte Armutgefährdung: Alle Personen, die im aktuellen Jahr und in mindestens zwei von drei vorhergehenden Jahren in Haushalten mit einem Äquivalenzeinkommen unter der Armutgefährdungsschwelle des jeweiligen Jahres lebten. Einbezogen werden nur Personen, die alle vier Jahre im Panel waren und erfolgreich befragt wurden.*

**Tabelle 4: Betroffenheit von manifester Armut nach Haushaltstyp**

	Manifeste Armut	
	in 1.000	Quote in %
<b>Insgesamt</b>	<b>492</b>	<b>6</b>
<b>Haushaltstyp</b>		
Ein-Eltern-Haushalt	63	20
Alleinlebende Frauen mit Pension	52	13
Alleinlebende Frauen ohne Pension	33	11
Alleinlebende Männer mit Pension	13	10
Mehrpersonenhaushalt + mind. 3 Kinder	73	10
Alleinlebende Männer ohne Pension	39	9
Mehrpersonenhaushalt + 2 Kinder	63	4
Mehrpersonenhaushalt mit Pension	44	4
Mehrpersonenhaushalt + 1 Kind	51	4
Mehrpersonenhaushalt ohne Kinder	59	3

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2008. Personen in Haushalten. Mit Pension: mindestens 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen. Ohne Pension: weniger als 50% des Haushaltseinkommens sind Pensionen.

rung über die reinen Arbeitseinkommen hinaus ein, beispielsweise durch die Einführung einer Spekulationsbesteuerung („Vermögenszuwachssteuer“), die Abschaffung der Steuerprivilegien der eigennützigen Privatstiftung und durch die Berechnung der Arbeitgeberabgaben von der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens.

*Quellen: EU-SILC 2008: Aktuelle Ergebnisse zum Auftakt des „Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“, Pressemitteilung der Statistik Austria, 16.12.2009; Armutsgefährdung nimmt zu – Absicherung durch öffentliche Leistungen gewinnt an Bedeutung. Unterlagen zur Pressekonferenz der AK Oberösterreich, 27.04.2009*

## Europäisches Jahr 2010

**2010 ist das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Und dies nicht ohne Grund: Immer mehr Menschen sind nicht mehr in der Lage, existenzielle Bedürfnisse zu befriedigen und in angemessener Form am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Ein Leben unter der Armutsgrenze ist für 78 Millionen Menschen in Europa bittere Realität.**

Das Jahr 2010 unter dem Schwerpunkt Armut auszurufen, geht auf einen Vorschlag in der Sozialpolitischen Agenda 2005-2010 der EU-Kommission zurück, der mit der gemeinsamen Beschlussfassung auf Parlaments- und Ratsebene aufgegriffen wurde. Im Fokus steht dabei die politische Verpflichtung, welche die EU mit der Strategie von Lissabon eingegangen ist, erfolgreich voranzutreiben – was bisher nur unzu-

reichend gelungen ist. Es gilt, entscheidende Impulse zu setzen, um die Beseitigung von Armut zu forcieren und eine aktive soziale Eingliederung der Betroffenen zu bewerkstelligen. Für die Initiative wird ein Budget von mindestens 26 Millionen Euro, darunter 17 Millionen aus EU-Mitteln, bereitgestellt

### Kollektive Verantwortung

Das Europäische Jahr stellt vor allem darauf ab, die Bewusstseinsbildung hinsichtlich einer kollektiven Verantwortung voranzutreiben. Armut ist nicht immer offenkundig sichtbar und wird in den hoch entwickelten Staaten oft nur punktuell, wie zum Beispiel in „sozialen Brennpunkten“ wahrgenommen oder als „Randgruppenphänomen“ interpretiert. So unglaublich es für die als Wohlstandsregion erachtete Europäische Union scheint – für 78 Millionen Menschen ist der tägliche Kampf um grundlegende menschliche Bedürfnisse wie Existenzsicherheit oder angemessene Gesundheitsversorgung keine Ausnahmerecheinung, sondern bittere Realität. Bedenklich ist der Anteil an „Working Poor“: Acht Prozent der



EuropäerInnen sind trotz Erwerbstätigkeit in der Armutsfalle gefangen. Ein kontroverser Blickwinkel zu Fragen der Arbeitsbewertung und Mindestlohnstandards wird laut ÖGB hier aufgeworfen.

Armut zieht weite Kreise, sie beschneidet Lebensqualität und Zukunftsperspektiven, begünstigt soziale Ausgrenzung und Isolation oder erschwert zumindest Teilhabechancen. Zu einem Zeitpunkt, wo Ausmaß und Folgen der rezessiven Wirtschaftsentwicklung noch nicht absehbar sind, kommt das Europäische Engagement nach Ansicht der Gewerkschaft keine Minute zu früh.

### Kommunikation des Themas wesentlich

Ende Oktober 2009 fand die Europäische Konferenz zum Thema *„Armut: Zwischen Wahrnehmung und Realität – Eine kommunikative Herausforderung“* in Brüssel statt, um das Europäische Jahr 2010 mit einer vorgreifenden Auftaktveranstaltung für Presse und Medien einzuleiten. Rund 400 TeilnehmerInnen und InteressensvertreterInnen waren zu dieser von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit gemeinsam mit der Generaldirektion Kommunikation ausgerichteten Veranstaltung geladen, um sich im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu engagieren. Bereits am Vortag fand ein Seminar für Journalisten statt, wobei unter anderem die Maßnahmen zur Kommunikation eines sozialen Europas präsentiert wurden. Zudem wurde eine Pressekonferenz mit EU-Kommissar Spidla abgehalten.

Welche Relevanz der Kommunikationsaspekt in der Politik zur sozialen Integration einnimmt, wurde im Rahmen der Konferenz aus drei verschiedenen Perspektiven betrachtet. Neben der Analyse und Darstellung von Armut in den Medien und der Betonung der behördlichen Verantwortung wurden auch die Ergebnisse der aktuellen Eurobarometer-Umfrage diskutiert, in der europäische BürgerInnen zu Armut und sozialer Ausgrenzung im Kontext der Wirtschaftskrise befragt wurden.

### Ergebnisse der Eurobarometer-Erhebung 2009

Für diese Erhebung wurden auf der Grundlage einer Stichprobenauswahl insgesamt knapp 27.000 BürgerInnen in allen Mitgliedstaaten der EU direkt befragt. Die wesentlichen Ergebnisse:

73 Prozent der Befragten finden, dass Armut und soziale Ausgrenzung in ihrem Land weit verbreitet sind. Fast neun von zehn Europäern (87%) sind der An-

sicht, dass arme Menschen nur schwer eine angemessene Wohnung finden, 54 Prozent sehen durch Armut die Aufrechterhaltung sozialer Netze beeinträchtigt.

Doch Armut wird von der Bevölkerung der EU unterschiedlich wahrgenommen: 24 Prozent meinen, Armut bedeutet, die Geldmittel sind so begrenzt, dass man nicht ausreichend am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann. Für 22 Prozent der Bevölkerung heißt Armut, sich nicht die elementaren Dinge leisten zu können, die zum Leben benötigt werden, während 21 Prozent Armut als Abhängigkeit von der Hilfe anderer und von öffentlicher Unterstützung sehen. 18 Prozent glauben, Armut bedeutet, unter der Armutsgrenze zu leben.

Das Ausmaß der Wahrnehmung von Armut differiert bei der Bevölkerung der Europäischen Union dabei von Land zu Land: Auf die Frage, ob Armut im eigenen Land weit verbreitet sei, antworten 96 Prozent der befragten UngarInnen mit Ja, gefolgt von den Befragten in Bulgarien (92%) und in Rumänien (90%). Am wenigsten wird Armut in Dänemark wahrgenommen: Nur 31 Prozent der DänInnen beantworten die Frage mit Ja. Diese Werte spiegeln natürlich bis zu einem gewissen Grad die länderspezifischen Unterschiede im realen Ausmaß an Armut wider. Das europäische Mittel aller befragten 27 Mitgliedsländer liegt bei 73 Prozent einer Wahrnehmung von weit verbreiteter Armut. Unmittelbar unter dem europäischen Durchschnitt liegt Deutschland mit 72 Prozent. Im Vergleich zu anderen EU-Ländern liegt Frankreich mit 86 Prozent an wahrgenommener Armut im eigenen Land noch vor Griechenland mit 84 Prozent.

Auf die Frage, wer einem Armutsrisiko am meisten ausgesetzt ist, sind 56 Prozent der EuropäerInnen der Ansicht, dass Arbeitslose dabei das größte Risiko eingehen, 41 Prozent halten ältere Menschen für die am meisten gefährdete Bevölkerungsgruppe, während 31 Prozent in einem niedrigen Bildungsniveau, mangelnder Ausbildung, geringen Kenntnissen und Fähigkeiten die größte Gefahr für ein Leben in Armut sehen.

Zur Skala der von Armut betroffenen Menschen gehören in den Augen der EU-Bevölkerung vor allem:

- Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen
- Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen
- Alleinerziehende Elternteile
- Kinder und junge Erwachsene
- Immigranten
- Frauen
- die Bevölkerungsgruppe der Roma

















































